



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER JULI 2023

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

wir haben im Deutschen Bundestag das Aus- und Weiterbildungsgesetz und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Damit setzen wir ein wichtiges Signal gegen den Fachkräftemangel. Junge Menschen gehören in eine Ausbildung und nicht in Aushilfsjobs. Dafür gibt es nun die Ausbildungsgarantie. Auch Umschulungen und Weiterbildungen werden immer wichtiger. Weil das aber alles nicht ausreicht, benötigen wir auch kluge Köpfe und fleißige Hände von außen. Unser Land bekommt endlich ein funktionsfähiges Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Wichtig war mir diese Woche auch, dass wir mit dem Denkmalschutzprogramm wichtige Einrichtungen in unserer Region sanieren und für Jahrzehnte erhalten können.

In unserer letzten Sitzungswoche vor den Parlamentsferien werden wir das Heizungsgesetz beschließen. Es schützt die Umwelt, ist zukunftsorientiert und überfordert niemanden. Das war wirklich ein Spagat, aber es ist ja auch nicht so einfach. Die Ampel hat das gemeistert und das zählt.

Wir haben viel geschafft im ersten Halbjahr — die Arbeit läuft besser und harmonischer als es in der Öffentlichkeit den Anschein hat.

Gute Lektüre, Ihr/Euer

3



Heizen: Klimaneutral
und bezahlbar

4



Fachkräfte: Aus dem
In- und Ausland

8



Geldsegen für Kämme
und Mariabuchen

11



Gerettet: Mobile
Zahnarztpraxis in MSP

KLARTEXT

BETRIEBSRÄTE BEHINDERN IST KEIN KAVALIERSDELIKT



Zum 34. Mal hat die SPD-Bundestagsfraktion Ende Mai Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen und Personalrätinnen und Personalräte aus ganz Deutschland in

den Bundestag eingeladen. Mit dabei waren auch Betriebsräte von Warema in Marktheidenfeld, Gerresheimer in Lohr und der DB Netz AG in Würzburg.

Wir diskutierten im Reichstagsgebäude über die Modernisierung und Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung. Denn die ist eine große Errungenschaft, die es stetig an die neuen Herausforderungen der modernen Arbeitswelt anzupassen gilt.

Mir wurde berichtet, dass das Standing der Betriebsräte in den einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich sei. Während sie in vielen Unternehmen als Partner auf Augenhöhe geschätzt werden, kämpfen

andere Kolleginnen und Kollegen gegen die grundsätzliche Ablehnung der Geschäftsführung.

Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Behinderung der Mitbestimmung künftig als Officialdelikt einzustufen. Dafür habe ich mich als langjähriger Gewerkschafter und Betriebsrat schon lange eingesetzt.

Damit kommen schwere Zeiten zu auf Arbeitgeber, die die Mitbestimmungsrechte ihrer Beschäftigten missachten. Denn bisher müssen sich Betroffene selbst an die Behörden wenden, wenn sie in ihren Mitbestimmungsrechten beeinträchtigt werden. Sie stehen aber oft unter großem Druck.

Deshalb müssen sich Staatsanwaltschaften künftig von sich aus einschalten, wenn sie von dem Vorwurf erfahren, dass die Arbeit von Betriebsräten oder die Wahlen behindert werden!

POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT: RECHTSEXTREMISMUS GRÖßTE BEDROHUNG

Die aktuellen Zahlen aus dem Verfassungsschutzbericht sind besorgniserregend:

Rechtsextremismus:

Personenpotenzial 2022: **38.800** (2021: 33.900)

darunter gewaltbereit: **14.000** (13.500)

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“:

23.000 (21.000), darunter gewaltbereit: **2.300** (2.100)

Linksextremismus:

Personenpotenzial: **36.500** (34.700)

darunter gewaltbereit: **10.800** (10.300)

Islamismus/islamistischer Terrorismus:

Personenpotential: **27.480** (28.290)

Den Verfassungsschutzbericht als pdf [hier](#) lesen.



HEIZEN

KLIMANEUTRAL UND BEZAHLBAR

Das Heizungsgesetz wird nun im Bundestag beraten. Unser Ziel: eine breite Förderung und die enge Verzahnung mit der Wärmeplanung der Kommunen.

Deutschland hat sich bereits unter Angela Merkel verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu sein. Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) soll den Weg für mehr klimaneutrale Heizungen frei machen. Der Plan von Robert Habeck sah vor, dass ab 2024 jede neue Heizung mit mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energie betrieben werden muss.

Durch grundlegende Änderungen am Gesetzentwurf werden wir nun dafür sorgen, dass der Umstieg auf klimafreundliches Heizen in den nächsten 20 Jahren

für alle möglich ist und niemand überfordert wird:

- Mehr Zeit für den Umstieg auf klimafreundliches Heizen: Die Vorgaben zum Einbau klimafreundlicher Heizungssysteme sollen von 2024 an zunächst vor allem in Neubauten gelten. In bestehenden Gebäuden sollen die Vorgaben dagegen erst später wirksam werden — nämlich erst dann, wenn eine kommunale Wärmeplanung (bis 2028) vorliegt. Dadurch eröffnen wir mehr Haushalten die Chance, sich an ein klimafreundliches Wärmenetz anschließen zu lassen.
- Die Förderung soll soziale Härten bis in die Mitte der Gesellschaft berücksichtigen. Finanziert wird das aus dem Klima- und Transformationsfonds.
- Keine klimafreundliche Wärmetechnologie darf von vornherein ausgeschlossen werden. Dazu gehört auch das Heizen mit Holz und Pellets. Dafür habe ich mich besonders eingesetzt. Mit Erfolg!
- Mieterinnen und Mieter sollen nicht über Gebühr belastet werden. Vermieter sollen daher Anreize bekommen, in moderne Heizungen zu investieren.

Wer eine klimafreundliche Heizung einbaut, nutzt diese bis zu 30 Jahre und macht sich unabhängig von den Preissteigerungen bei Öl und Gas. Dadurch rechnet sich die Anschaffung einer zu Beginn teureren klimafreundlichen Heizung.

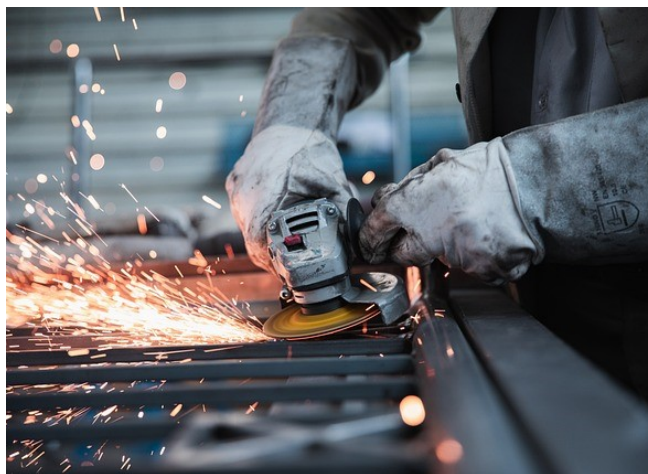
LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Was ist jetzt mit meiner Heizung, Matthias?

Matthias Miersch über die neusten Beschlüsse beim Heizungsgesetz, das Wortungetüm kommunale Wärmeplanung und ihre immense Bedeutung für den Umstieg auf klimaneutrales Heizen.

▶ 00:00 00:00





jannovergal auf pixabay.de

FACHKRÄFTE

AUS DEM IN- UND AUSLAND

Deutschland braucht viele und gut qualifizierte Fachkräfte. Nur so können wir Wohlstand sichern und unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufstellen. Die Zahl der offenen Stellen ist auf einem Höchststand, auch Ausbildungsstellen können oftmals nicht besetzt werden. Der Arbeitsmarkt verändert sich, neue Berufe entstehen, andere Qualifikationen sind gefragt. Bis 2035 müssen voraussichtlich rund sieben Millionen Fach- und Arbeitskräfte ersetzt werden. Wir müssen handeln, damit der Fachkräftemangel nicht zur Wachstumsbremse wird.

Dafür brauchen wir beides: Mobilisierung der inländischen Potenziale und Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland.

Mein Ausschuss für Arbeit und Soziales hat dazu zwei Gesetze verhandelt, die wir Ende Juni im Bundestag beschlossen haben: Wir müssen junge Menschen stärker dabei unterstützen, eine Ausbildung zu machen, und den Beschäftigten notwendige Weiterbildungen in einer sich wandelnden Arbeitswelt ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir kluge Köpfe und helfende Hände aus aller Welt für uns gewinnen. Für

mich ist ganz klar: Um unseren Wohlstand zu sichern, brauchen wir beides: Fachkräfteeinwanderung und Weiterbildung.

Wir führen eine Ausbildungsgarantie ein und fördern Weiterbildung

Mit dem Weiterbildungsgesetz gehen wir einen großen Schritt in Richtung Weiterbildungsrepublik. Mit der Ausbildungsgarantie schaffen wir einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz.

Außerdem führen wir ein gefördertes Berufsorientierungspraktikum und einen Mobilitätszuschuss ein, erleichtern die Teilnahme an Einstiegsqualifizierungen und öffnen die außerbetriebliche Berufsausbildung für junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden.

Wir stärken die Weiterbildung Beschäftigter, indem wir die bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten vereinfachen und weiterentwickeln. Das bedeutet: Wir führen feste Förderhöhen ein und öffnen die Weiterbildungsförderung grundsätzlich für alle Betriebe.

MEHR FACHKRÄFTE FÜR DEUTSCHLAND!

Wir wollen:

- ✓ junge Menschen dabei unterstützen, eine **Ausbildung** zu machen
- ✓ Beschäftigten **Weiterbildungen** in einer Arbeitswelt im Wandel ermöglichen
- ✓ kluge Köpfe und helfende Hände **aus aller Welt** für uns gewinnen

Das machen wir – mit dem
**Fachkräfteeinwanderungsgesetz und
dem Aus- und Weiterbildungsgesetz!**

In den Verhandlungen im Parlament haben wir die bisherigen Fördersätze vereinfacht. Und vor allem haben wir die Förderung für Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen deutlich erhöht.

Zudem schaffen wir mit dem Qualifizierungsgeld eine neue Fördermöglichkeit. Beschäftigte, deren Arbeitsplatz vom Strukturwandel betroffen ist, unterstützen wir mit einer Qualifizierung, um im Unternehmen zu bleiben und dort neue Aufgaben übernehmen zu können. Sie erhalten während der Qualifizierung ein Ersatzgehalt in der Höhe des Kurzarbeitergelds.

Wir wollen mehr internationale Fach- und Arbeitskräfte gewinnen

Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes beschließen wir eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit. Damit eröffnen wir Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union mehr Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten.

Die Erwerbseinwanderung wird auf drei Säulen basieren: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial:

- **Qualifikation:** Wer einen bei uns anerkannten Abschluss hat, kann heute schon als Fachkraft kommen. Künftig können die Fachkräfte jede qualifizierte Beschäftigung in nicht-reglementierten Berufen ausüben, wenn sie ein bestimmtes Gehalt erreichen.

- **Erfahrung:** Wer mindestens zwei Jahre Berufserfahrung, eine zweijährige berufliche Qualifikation und einen Verdienst über einer bestimmten Gehaltsschwelle oder die Geltung eines Tarifvertrages vorweisen kann, kann künftig einwandern. Der Abschluss muss also künftig nicht mehr formal in Deutschland anerkannt sein. Wer weiterhin eine Anerkennung des ausländischen Abschlusses benötigt, kann auch im Rahmen einer Anerkennungspartnerschaft mit dem Arbeitgeber bereits in Deutschland arbeiten, vor Ort Deutschkenntnisse vertiefen und das berufliche Anerkennungsverfahren betreiben.

- **Potenzial:** Es wird eine Chancenkarte eingeführt, die es auch ohne Arbeitsvertrag ermöglicht, nach Deutschland zu kommen. Sie basiert auf einem Punktesystem, bei dem unter anderem Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Voraufenthalte, Alter und mitziehende Partnerinnen und Partner berücksichtigt werden. Die Chancenkarte erleichtert die Suche nach einem Arbeitsplatz deutlich und ermöglicht auch Probearbeiten und Nebentätigkeiten.

Damit wollen wir einerseits die Zuwanderung steuern und gleichzeitig Menschen mit wertvollen Potenzialen für uns gewinnen. Damit das gelingt, brauchen wir etwas, das wir nicht verordnen können: Eine Willkommenskultur, in der sich die neuen Fachkräfte und ihre Familien zugehörig fühlen können.

LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Überall fehlen Fachkräfte – was tun, Rasha?

Rasha Nasr über die Weiterbildungsrepublik, die Attraktivität Deutschlands für Einwanderer – und die unrühmliche Rolle der Union

▶ 00:00 00:00





Sabine | pixabay

LKW-FAHRER

REGELN GEGEN AUSBEUTUNG

Wer in der EU als LKW-Fahrer angestellt ist und beruflich durch Deutschland fährt, hat bestimmte Rechte. Es gibt Regeln für Höchstarbeitszeiten und Mindestruhezeiten. Außerdem müssen entsandte Fahrer während ihrer Arbeitszeit hierzulande den Mindestlohn erhalten. In der Praxis werden Kraftfahrer aber oft ausgebeutet und um ihre Rechte gebracht. Die EU hat deshalb die Straßenverkehrsrichtlinie auf den Weg gebracht, um die Rechte von entsandten Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer besser durchzusetzen.

Wir setzen diese Richtlinie nun um. Das heißt konkret: Arbeitgeber, die in der EU ansässig sind, müssen sich künftig über ein digitales System registrieren. Außerdem müssen sie ihren Fahrern bestimmte Unterlagen zur Verfügung stellen, die der Zoll kontrollieren kann, beispielsweise Gehaltsnachweise, Arbeitsverträge und Aufzeichnungen des Fahrtenschreibers. Verstößen die Unternehmen dagegen, können sie mit einem Bußgeld belegt werden. Bei der Vollstreckung von Strafen wollen die Mitgliedstaaten der EU künftig besser zusammenarbeiten. Ziel ist es, Ausbeutung und Missbrauch im grenzüberschreitenden Straßenverkehr in der EU zu verhindern.



ParlamentsTV

REDEN

ONLINE ANSCHAUEN

TARIFBINDUNG

Ende Mai sprach ich im Bundestag zur Stärkung der Tarifbindung. Gute Löhne und Arbeitsbedingungen fallen nicht vom Himmel. Nur mit einer starken Tarifbindung lassen sich Verbesserungen durchsetzen.

ENTSENDERECHT

Mitte Juni ging es um die grenzüberschreitende Durchsetzung des Entsenderechts. Auch ausländische LKW-Fahrer haben Rechte und bekommen den Mindestlohn, wenn sie bei uns unterwegs sind.

MINDESTLOHN

Ende Juni ging es im Bundestag um die Erhöhung des Mindestlohns. Die EU-Mindestlohnrichtlinie macht nicht nur Vorgaben zur Höhe des Mindestlohns in den einzelnen Ländern, sondern sie nimmt auch die Tarifbindung in den Blick. Und das ist sehr wichtig für gute Löhne! Ein erster Schritt ist ein Bundestariftreuegesetz, mit dem öffentlichen Aufträge nur an Unternehmen gehen, die Tariflöhne bezahlen.

Alle meine Reden finden Sie
auf meiner [Homepage!](#)



Büro Rützel

GEMÜNDEN

ZEITPLAN SANIERUNG

Auf meine Einladung hin war DB-Infrastrukturvorstand Berthold Huber in der Region – auch am Bahnhof Gemünden. Schwerpunkt unseres Gesprächs war der barrierefreie Umbau des Gemündener Bahnhofs. Mit dabei waren der 2. Bürgermeister Werner Herrbach und Jörg Breitenbach, der Leiter des städtischen Bauamtes. Die Sanierung des Bahnhofes in Gemünden ist seit Jahren beschlossen, die Umsetzung wird immer wieder verschoben. Wir wollten es konkreter haben – auch um die Planungen der Stadt für den Bahnhofs-Vorplatz entsprechend anzupassen. Huber sagte zu, zeitnah einen aktuellen Bauzeitenplan zur Verfügung zu stellen. Ich warne dringend vor einer Verkürzung der Bahnsteige im Zuge des Umbaus. Schon jetzt werden die Züge immer länger und brauchen entsprechende Bahnsteiglängen.

Ich habe außerdem ein weiteres, mir wichtiges Anliegen vorgetragen: den zukunftssicheren Betrieb des Fahrkartenschalters. Die Ausweitung und Vielfältigkeit des Fahrscheinangebotes machen den Service vor Ort immer wichtiger. Vor allem bei Zugausfällen oder Verspätungen ist schnelle und zuverlässige Beratung wichtig.



Büro Rützel

BURGSINN

BARRIEREFREIER UMBAU

Ich war mit Berthold Huber auch in Burgsinn. Hier kämpfe ich für den barrierefreien Umbau und habe ihn auf die Dringlichkeit des Vorhabens und die sich aus der Streckensperrung 2026/2028 ergebende Chance hingewiesen. Huber nahm sich viel Zeit für eine Begutachtung und den Austausch mit Bürgermeister Robert Herold und Christian Gutermuth.

Seit langem ist eine Komplett-Sperrung der Bahnstrecke Gemünden-Jossa für Sanierungsarbeiten an den Gleisen geplant. Inzwischen ist von einer 18-monatigen Sperrung im Zeitraum 2026/2028 die Rede. Verkehrsministerium und DB wollen Infrastrukturmaßnahmen bündeln und so die Bahn schneller auf Vordermann bringen. In Burgsinn könnte man mit gutem Beispiel vorangehen. Mein Vorschlag: die Prüfung der „Schweizer Rampe“ für Burgsinn – eine Unterführung mit kürzerer, steilerer Rampe, die billiger und schneller umgesetzt werden kann. Ein solcher Umbau müsste mit den Behinderten- und Seniorenvertretungen besprochen werden. Huber sagte zu, sich für die erneute Prüfung des Vorhabens einzusetzen. Ich schlage ebenfalls vor, die Busanbindung von und nach Burgsinn auszubauen.



Büro Rützel

MARIABUCHEN

240.000 EURO FÜR WALLFAHRTSORT

Der Bund unterstützt die Sanierung der Wallfahrtskirche Mariabuchen mit 240.000 Euro. Ich freue mich, dass mein Einsatz sich auch diesmal wieder gelohnt hat.

Die Klosterkirchen sind ein prägendes Merkmal unserer Region. Klosterleben und geistige Offenheit treffen hier aufeinander. Viele dieser Kirchen sind noch heute Ziel von Wallfahrten. Das gilt auch für die Klosterkirche Mariabuchen. Seit dem 14./15. Jahrhundert ist Mariabuchen Wallfahrtsort. Die heutige Kapelle entstand Ende des 17. Jahrhunderts. Sie ist aufgrund der besonderen künstlerischen und religionsgeschichtlichen Bedeutung als „national bedeutsames oder das kulturelle Erbe mitprägendes“ Kulturdenkmal eingestuft.

Seit 1992 wurden die Innenräume der Kapelle nicht mehr saniert. Vor allem die Altäre müssen dringend fachgerecht überarbeitet werden. Ich bin froh, dass dies nun mit finanzieller Hilfe des Bundes zeitnah geschehen kann.



Büro Rützel

KÄPPELE

975.000 EURO FÜR SANIERUNG

Und noch eine gute Nachricht für den Denkmalschutz in unserer Region: Die Sanierung des Würzburger Käppele wird der Bund mit 975.000 Euro unterstützen.

Hierfür habe ich mich gemeinsam mit meinem für Würzburg zuständigen SPD-Bundestagkollegen Markus Hümpfer und den örtlichen Kollegen der Ampel-Fraktionen Andrew Ullmann (FDP) und Niklas Wagener (Grüne) eingesetzt.

Ende Februar hatten wir uns dazu vor Ort auch mit Otto Fricke, dem haushaltspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, getroffen und uns ein Bild von der Lage gemacht: v.l.n.r. Alexander Kolbow, MdL Volkmar Halbleib, Andreas Hornung (Verwaltungsreferent Diözese), Pfarrer Josef Treutlein, Bernhard Schlereth (Kath. Kirchenstiftung Käppele, SPD-Kreisrat Würzburg), MdB Markus Hümpfer, MdB Niklas Wagener und MdB Otto Fricke MdB

[Hier geht's zu einem ausführlichen Bericht in der Mainpost.](#)



Büro Rützel

NEUES StVG

MEHR RECHTE FÜR DIE GEMEINDEN

Wir wollen, dass die Kommunen mehr Befugnisse bei Tempo-30-Zonen bekommen. Der erste Schritt dafür ist jetzt getan. Ende Juni hat das Bundeskabinett dem Reformentwurf für das Straßenverkehrsgesetz (StVG) zugestimmt. Damit kann das Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag beginnen.

Die Ampel will den Kommunen Entscheidungsspielräume bei der Anordnung von Verkehrsmaßnahmen eröffnen. Ich war in so vielen Orten, die sich die Einrichtung von Tempo-30-Zonen wünschen. Aus guten Gründen. In den engen Ortsdurchfahrten ist z.B. der Schulweg teils geradezu lebensgefährlich. Seifriedsburg, Höllrich, Thüngen und Karlburg sind da nur einige Beispiele. Entsprechende Anträge waren bislang vom Landratsamt mit Verweis auf die geltende Rechtslage häufig abgelehnt worden. Viele unterfränkische Gemeinden haben sich daher der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ angeschlossen. Die Änderung des StVG ist Voraussetzung für eine Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO), die das ändern und den Kommunen mehr Spielräume im Verkehrsrecht geben wird.



pixabay

400 MILLIONEN

FÜR DIE KOMMUNEN

In den parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2023 ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, das erfolgreiche Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (SJK) neu aufzulegen. Mit diesem wichtigen Programm unterstützen wir die Städte und Gemeinden mit 400 Millionen Euro bei großen Sanierungsprojekten, die sie mit eigenen Mitteln nicht stemmen können. Mir ist besonders wichtig, dass wir den Gemeinden helfen, Räume zu erhalten, die gut für den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort sind. Die Kommunen werden mit dem Programm außerdem dabei unterstützt, steigenden Energiekosten zu begegnen und ihre Einrichtungen an die Herausforderungen des Klimawandels anzupassen.

Interessierte Kommunen aus meinem Wahlkreis (MSP/MIL) und dem von mir betreuten Wahlkreis Aschaffenburg können sich gerne an mich wenden. Die Kommunen sind aufgerufen, ihre Projektskizze über das Förderportal des Bundes easy-Online ab dem 30. Juni und bis zum 15. September 2023 online einzureichen.

Weitere Informationen gibt es [hier](#).



Büro Rützel

WORLD GAMES

SPECIAL OLYMPICS 2023

Mein Wochenende stand ganz im Zeichen der Special Olympics. Nach der tollen Eröffnungsfeier am Samstag habe ich am Sonntag den Radsportlerinnen und Radsportlern auf der Straße des 17. Juni zugejubelt. Außerdem war Erwin Horak, der Präsident der Special Olympics Bayern, bei mir in meinem Berliner Büro. Wir haben über die Host Towns gesprochen, in denen sich die Athletinnen und Athleten aus aller Welt nach ihrer langen Reise nach Deutschland für einige Tage gesammelt und eingelebt haben, bevor es nach Berlin ging. Deutschlandweit gab es über 200 solcher Projekte, davon alleine 38 in Bayern. Das war und ist nur möglich dank der vielen Freiwilligen, die sich für die Special Olympics engagieren. Mein herzlicher Dank an alle Beteiligten!

Die Special Olympics World Games sind das größte Multisportevent in Deutschland seit den Olympischen Spielen 1972. Es geht um Medaillen, aber nicht um schneller, höher, weiter, Einschaltquoten oder große Verträge. Es geht um Freude, Austausch und Erfahrungen. 7000 Aktive aus 190 Ländern treten in 26 Sportarten gegeneinander an.



SPD Unterfranken

MUSTERHAUS

MIT UNTERFRANKENSPD

Selbstbestimmt leben im Alter oder mit Einschränkung ist ein großes gesamtgesellschaftliches Thema. Welche Möglichkeiten für altersgerechtes, barrierefreies Wohnen sich in den eigenen vier Wänden umsetzen lassen, zeigt das Musterhaus in Kürnach im Landkreis Würzburg. Mit einer Abordnung der Vorstandschaft der UnterfrankenSPD haben wir uns das Angebot vor Ort am Rande unserer Vorstandssitzung angeschaut. Eine sehr gelungene Sache!

Das Musterhaus kann von Interessierten aus dem gesamten Regierungsbezirk Unterfranken besichtigt werden — plus Information und Beratung vor Ort. Vielen Dank an das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg für die Gastfreundschaft.





Büro Rützel

GERETTET

MOBILE ZAHNARZTPRAXIS IN MSP

Die mobile Zahnarztpraxis von Dr. Volkmar Göbel aus Marktheidenfeld ist gerettet. Aus der Pressemitteilung des Bundesverbands für nachhaltige Zahnheilkunde e.V. (BNZK) heißt es hierzu:

„Der Weg zum Zahnarzt stellt für die meisten Menschen kein Problem dar. Für Senioren und andere Patienten mit Handicap sind die Hürden oft kaum überwindbar. Dr. Volkmar Göbel aus Marktheidenfeld hatte sich vor 15 Jahren dieser Patienten mit mobilen Behandlungsgeräten und einer besonders ausgestatteten Praxis angenommen. Anfang des Jahres entzog ihm die zuständige Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayern (KZV) die Genehmigung für den Weiterbetrieb. Das Argument: zahnärztliche Überversorgung im Zulassungsbezirk.

Der Mediziner wollte den langfristigen Fortbestand seiner Praxis, sowohl für die Patienten als auch die Mitarbeiter, durch eine Zusammenarbeit mit einem europäischen Verbund und einem Investor sichern. Während es für niedergelassene Zahnärzte keine Beschränkungen gibt, gelten für Praxen mit Investorenbeteiligung andere, deutlich strengere Regeln. Erst

als der Arzt Widerspruch einlegte und auf die speziellen Bedürfnisse seiner Patienten verwies, reagierte die Kassenzahnärztliche Vereinigung. Im Widerspruchsbescheid heißt es nun, man habe die Überzeugung erlangt, dass der Weiterbetrieb der Praxis eine Versorgungsverbesserung sei. Es wäre weder für die älteren Patienten noch für uns nachvollziehbar, wenn bei der von der KZV festgestellten Überversorgung von 117 Prozent ausgerechnet unsere speziell für Senioren und Menschen mit Handicap ausgestattete Praxis hätte schließen müssen.“

Mir ist wichtig, dass die Patientinnen und Patienten vor Ort ihren Bedürfnissen entsprechend versorgt werden.

GEGEN RECHTS

DEMO IN WÜRZBURG

Am 25. Juni war der zweite Jahrestag der Messerattake in Würzburg. Drei Menschen verloren damals ihr Leben. Es ist Zeit zu Gedenken. Was macht die AfD? Sie kommt und hetzt. 3.000 Menschen sind gegen die AfD auf die Straße gegangen und haben klar gemacht, dass Hass, Hetze, Rassismus und Nazis in der Stadt nichts verloren haben. Unsere SPD-Landesvorsitzende Ronja Endres war auch mit dabei.



KURZ & KNAPP

TERMINE IM JUNI



Andreas Amann

Zum 34. Mal hat die SPD-Bundestagsfraktion Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen und Personalrätinnen und Personalräte aus ganz Deutschland in den Bundestag eingeladen. Mit dabei waren auch Betriebsräte von Warema in Marktheidenfeld, Gerresheimer in Lohr und der DB Netz AG in Würzburg (siehe dazu auch: Klartext auf Seite 2). v.l.n.r.: Esteban Rincon-Roth, Wolfgang Lepzig, Holger Miksch, Hubertus Heil, Harald Merz, Matthias Günther, Bernd Rützel



Büro Rützel

Im März hatte ich bei einigen Fragen zum Kurzarbeitergeld geholfen – im Mai haben wir endlich die Zeit gefunden, um uns zu treffen und über die aktuelle Situation und die Perspektiven zu sprechen. Die

LohrElement GmbH mit Sitz in Gemünden ist seit ihrer Gründung 1994 ein innovatives Unternehmen und Marktführer in der Bauzulieferindustrie, wenn es um „verlorene Schalungen“ geht. Vielen Dank an die Geschäftsführer Stefanie Träger und Klaus Roth.



Büro Fehlner

Gespräch mit dem Präsidium der IHK Aschaffenburg und meiner Landtagskollegin Martina Fehlner, MdL, sowie Oberbürgermeister Jürgen Herzing: Themen waren der Abbau von Bürokratie, die Energiesicherheit oder die konjunkturelle Situation am Bayerischen Untermain und der Fachkräftebedarf.



SPD Bundestagsfraktion

Solidarität mit den Beschäftigten des Windenergie-Herstellers Vestas! Insgesamt 102 Tage streiken sie für einen Tarifvertrag, faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen — ein Knackpunkt: gerechte und zeitgemäße Altersteilzeitregelungen. Bei einem Treffen von Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion mit einem Teil der Belegschaft in Berlin haben wir über all dies gesprochen. Wir stehen an eurer Seite!

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM JUNI



Büro Rützel

Die vergangenen Tage hatte ich als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales sehr viel internationalen Besuch. So waren beispielsweise südafrikanische Parlamentarierinnen aus dem dortigen Ausschuss für Arbeit und Jugend zu Gast. Gemeinsam haben wir über Jugendarbeitslosigkeit, Bildung und die enorme Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in Südafrika sowie Lösungsansätze gesprochen.



Büro Rützel

Ende Juni war eine Delegation junger Unternehmer und Gewerkschafter aus Argentinien im Ausschuss zu Gast. Das waren ganz spannende Gespräche mit diesen sehr engagierten jungen Menschen.



Bernd Rützel

Das Hoffest beim Bundesarbeitsministerium ist zwar ein schöner Termin im Jahreskalender, aber es ist auch Teil meiner Arbeit: Netzwerken, Gespräche führen, im Austausch bleiben — wie hier mit der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi (z.v.l.)



Büro Rützel

„Au revoir!“ und „Auf bald!“: Die Generaldelegierte von Québec, Elisa Valentin, verlässt im August turnusgemäß nach drei Jahren Deutschland und geht zurück nach Québec. Herzlichen Dank für die stets sehr gute Zusammenarbeit im Rahmen der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe, deren Vorsitzender ich bin.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

bernd-ruetzel.de

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

blauer Himmel, Sonne satt: Seit Wochen lockt angenehmes Badewetter an unsere Seen und in die Freibäder. Gut, dass auch die Gewässerqualität stimmt. Erst jetzt wieder hat die Europäische Umweltagentur den Badegewässern am bayerischen Untermain gute oder sehr gute Qualität bescheinigt.

Sicheres Baden – dafür sorgen auch unsere Bademeister und Rettungsschwimmer. Sie leisten Tag für Tag einen hervorragenden Job – und retten Leben. Trotzdem ereignen sich vor allem an unbewachten Badestellen immer wieder tragische Unfälle ereignen. So verzeichnete die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft im vergangenen Jahr mindestens 355 tödliche Badeunfälle, die meisten davon in Bayern.

Vor diesem Hintergrund bereitet es große Sorge, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen. 20 Prozent der Grundschulkinder zählen mittlerweile zu den Nichtschwimmern. Das ist doppelt so viel wie noch im Jahr 2017. Verantwortlich für diese bedenkliche Entwicklung ist die Corona-Pandemie mit all ihren negativen Folgen. Experten sehen eine weitere Ursache aber auch in der zunehmend maroden Schwimmbad-Infrastruktur hierzulande.

In Bayern hat sich über viele Jahre ein gewaltiger

Sanierungsstau gebildet: Mehr als die Hälfte aller Schwimmbäder ist sanierungsbedürftig. Seit langem hat die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag diesen untragbaren Zustand angemahnt. Dass die Staatsregierung jüngst eine Verbesserung der Schwimmbadförderung beschlossen hat, ist ein positiver, wenn auch längst überfälliger Schritt. Nun gilt es genau zu beobachten, ob das Programm zügig umgesetzt wird und ausreichend Wirkung zeigt.

Fürs Schwimmenlernen braucht es Schwimmbäder, die gut erreichbar sind. In den Städten wie im ländlichen Raum. Es braucht aber auch genügend Schwimm-Lern-Angebote. Schwimmfähigkeiten müssen noch stärker als bisher auch an unseren Schulen vermittelt werden. Warum? Weil Schwimmenlernen immer öfter auch eine soziale Frage ist. So kann fast die Hälfte der Kinder aus ärmeren Haushalten nicht schwimmen, während es bei Kindern aus Familien mit einem überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen nur zwölf Prozent sind. Indem der Schwimmunterricht stärker als bisher an den Schulen verankert wird, können mehr Kinder erreicht werden.

Gemeinsam mit meinen Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag setzte ich mich dafür ein, dass alle Kinder in Bayern schwimmen lernen. Und dass unsere Freibäder und Badeseen auch in Zukunft attraktive Orte der Freizeitgestaltung bleiben.

Herzlichst

Ihre

Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de